

10. Mai 2017

Grüne bringen Selbstbestimmungsgesetz in den Bundestag ein – Das Transsexuellengesetz liegt in Trümmern

Die Grüne Bundestagsfraktion hat heute einen Gesetzentwurf zur Anerkennung der selbst bestimmten Geschlechtsidentität (Selbstbestimmungsgesetz) in den Bundestag eingebracht. Der Entwurf soll das bestehende Transsexuellengesetz (TSG) ersetzen. Dazu erklärt Volker Beck:

„Trans-Rechte sind Menschenrechte. Das Transsexuellengesetz liegt in Trümmern. Bereits 6 Urteile des Bundesverfassungsgerichtes haben Einzelbestimmungen für verfassungswidrig erklärt.

Es ist über 30 Jahre und entspricht nicht dem Stand der Wissenschaft. Es tritt die Menschenrechte von Trans*Personen mit Füßen. Die Bundesregierung erkennt seit Jahren nicht den Handlungsbedarf. Deshalb haben wir Grüne heute einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt: Das Selbstbestimmungsgesetz.

Im Zentrum des Gesetzesentwurfes steht der Respekt vor der Geschlechtsidentität der Menschen. Das ist ein unliberales Anliegen. Das Recht muss für die Menschen da sein, nicht die Menschen für die Gesetze.

Volker Beck und Mari Günther von der Bundesvereinigung trans stellen den Gesetzentwurf vor.*

Das Selbstbestimmungsgesetz soll das Verfahren zur Änderung der Vornamen und zur Anpassung der Geschlechtszugehörigkeit vereinfachen. Beides soll nur noch vom Geschlechtsempfinden des Antragstellenden abhängig sein. Anstatt entwürdigender Gutachten zur Geschlechtsfeststellung und Verfahren vor dem Amtsgericht, sollen

Vornamen- und Personenstandsänderung im Rahmen eines einfachen Verwaltungsaktes beim Standesamt erfolgen. Denn geschlechtliche Identität kann man nicht diagnostizieren. Lediglich Betroffene können darüber kompetent Auskunft geben.

Mit Vollendung des 14. Lebensjahres sollen diese Vorgänge auch ohne das Mitwirken eines gesetzlichen Vertreters möglich sein. Ab diesem Alter misst die Rechtsordnung Minderjährigen die Fähigkeit bei, Verantwortung für Entscheidungen zu übernehmen. Das muss auch für identitätsbezogene Entscheidungen gelten. Beratungen sollen über mögliche Folgen aufklären. Hier ist die Bundesregierung in der Pflicht, Beratungsstellen auszubauen.

Nach einer Personenstandsänderung muss es den Betroffenen möglich sein, eine Ehe in eine Lebenspartnerschaft zu überführen oder umgekehrt. Dadurch werden Zwangsoutings vermieden.

Das Offenbarungsverbot, also den Tatbestand der Eintragungsänderung ohne berechtigtes rechtliches Interesse auszuforschen oder zu offenbaren, soll verschärft werden. Betroffene müssen vor Behörden und Unternehmen durchsetzen können, Unterlagen und Zeugnisse entsprechend ihrer Geschlechtsidentität ausgestellt zu bekommen.“

Hier finden Sie den Gesetzentwurf (PDF): [GE zur Anerkennung der selbst bestimmten Geschlechtsidentität](#)



Steffen Wasmund says:

Dein Kommentar wartet auf Freischaltung.

12. Mai 2017 um 16:11

Sehr geehrter Herr Beck,

Sie waren einer der wesentlichen Protagonisten für die Verwirklichung des verfassungswidrigen § 1631d BGB, der körperteilamputierend, nach dem freien Willen der Eltern, ohne medizinische Indikation in den Intimbereich nicht einwilligungsfähiger männlicher Kinder eingreifen lässt und somit deren eigenständiges garantiertes Persönlichkeitsrecht nach Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG und nicht nur deren Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit und Gleichheit vor dem Recht (und somit schon hier ihre Menschenwürde), sondern auch darüber deren Menschenwürde verletzt.

Über die reine Vollständigkeit der eigenen Genitalien selbst bestimmen zu können, gehört für Sie offensichtlich nicht zu der von Ihnen hier vertretenen „Anerkennung der selbst bestimmten Geschlechtsidentität“.

Bei der geschlechtsangleichenden Operation von Mann zu Frau findet die männliche Vorhaut ebenfalls ihre Verwendung. So schreibt Frau Dr. Krege, Oberärztin in der Urologischen Klinik der Uni-Klinik Essen: „Bei der Penisschafthaut ist hier schon die innere Vorhaut herauspräpariert. Damit gewinnt man zusätzliche Länge. Sie wissen, der Penis hat im Bereich der Vorhaut zwei Hautblätter, die man gegeneinander verschieben kann, und wenn man dann das innere löst und herauszieht, gewinnt man an zusätzlicher Länge, und das ist, was nach Beschneidung dann immer fehlt.“ <http://tgd.transgender-germany.de/daten/Geschlechtsangleichung%20MzF/Operation%20Mann%20zu%20Frau%20bei%20Dr.%20Krege%20%28alte%20Version%29%20mit%20Bildern.pdf>

Auf Wikipedia werden die Methoden unter Verwendung der Vorhaut ebenfalls beschrieben. https://de.wikipedia.org/wiki/Geschlechtsangleichende_Operation

Sie entziehen daher mit Ihrer beschneidungsbefürwortenden Position den zukünftigen weiblichen Personen das Recht auf möglichst vollständige und möglichst optimal hergestellte Genitalien. Wenn jeder geborene Junge transsexuellbezogen ein potenzielles Mädchen ist, beschneiden Sie mit jeder Jungenbeschneidung ein Mädchen.

Wenn Sie schon ohne Bedenken das Persönlichkeitsrecht männlicher Kinder hinter Ihre Interessen bei der Beschneidungsfrage zurückstellen, könnten die dortherigen Auswirkungen auf Ihre Interessen bei der Transsexuellenproblematik möglicherweise dazu beitragen, Ihre Position dazu noch einmal zu überdenken. Dass Sie dies grundsätzlich können, haben Sie ja bewiesen.

Das wird Sie dann möglicherweise zu der Frage führen, ob man die Menschenwürde irgendeinem Interesse unterordnen kann und welche Rolle Sie dabei eigentlich spielen sollten.

Mit freundlichen Grüßen
Steffen Wasmund

Antworten

Schreibe einen Kommentar

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind mit * markiert.


Kommentar


Name *

E-Mail *

Website

 RT @Volker_Beck: Was bedeutet für Euch die Reformation heute noch? #followerpower <https://t.co/gj4UwMMdiD>
4 hours ago

 FIFA - Ausschlussantrag gegen Israel. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben? <https://t.co/UVRfGLWYPB> via @Audiatur_Online
6 hours ago

 Was bedeutet für Euch die Reformation heute noch? #followerpower <https://t.co/gj4UwMMdiD>
6 hours ago

Antisemitismus & Israel
Bürgerinnenrechte
English Languages LGBT
Menschenrechte
Nachhaltig & Gerech
Parlamentarische Initiativen
Parlamentslexikon Politik
Presse Reden русский
العربية العربية

- Köln, Peter und die Folgen: Schleichende Entliberalisierung 6. Januar 2017
- „Sichere Herkunftsstaaten“ abschaffen – menschenrechtsfeindliche Asylpolitik beenden! 30. November 2016
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Migration: Eine Herausforderung für Deutschland 29. November 2016

Politik

Menschenrechte

LGBT

Bürgerinnenrechte

Nachhaltig und Gerech

Reden

Parlamentslexikon

Presse

Termine

Bilderservice

Downloads

Video

Person

Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte

Auszeichnungen

Biographie

Köln

Besuchen Sie mich in Berlin

Mein Wahlkreisbüro

Kontakt

Team Beck

Impressum